

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Sicherheitsmaßnahmen an Bremer Gerichten

Immer wieder kommt es in deutschen Gerichten zu Gewalttaten. Die letzten Vorfälle, Tötung eines jungen Staatsanwaltes im Dachauer Amtsgericht im Januar 2012 und die Tötung einer Zeugin im Landgericht in Dresden im Juli 2009, führen zu einer tiefen Betroffenheit und Bestürzung aller. Diese Taten lassen erkennen, dass in den Gerichten grundsätzlich die Möglichkeit von dauerhaften Einlasskontrollen gewährleistet sein sollte.

Wir fragen den Senat:

1. Wie sieht der aktuelle Stand der Umbaumaßnahmen an den Bremer Gerichten zur Steigerung der Sicherheit aus?
2. Inwieweit ist die Einbeziehung des Justizzentrums in die Sicherheitsmaßnahmen beabsichtigt? Falls keine Einbeziehung des Justizzentrums geplant ist, bitten wir um Begründung, warum dort keine Sicherheitsmaßnahmen für erforderlich gehalten werden.
3. Welche konkreten Veränderungen werden im Rahmen der Umbaumaßnahmen an welchen Gerichtsstandorten durchgeführt?
4. Bis wann wird mit einem Abschluss der Umbaumaßnahmen gerechnet?
5. Wie hat sich die Anzahl der Mitarbeiter, die für die Aufrechterhaltung der Sicherheit an den Bremer Gerichten zuständig sind, in den letzten vier Jahren, aufgeteilt nach den Jahren und Standorten, entwickelt?

Gabriela Piontkowski, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU